

April 2013

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

„Ben Ali ist weg, das ist alles“

Vom 27. März bis zum 29. März fand dieses Jahr in Tunis das Weltsozialforum (WSF) statt. Tunis war als Veranstaltungsort, für das alle zwei Jahre stattfindende WSF gewählt worden als Anerkennung für den Arabischen Frühling, der in Tunesien seinen Ausgang genommen hat.

Das WSF selbst ist wie ein großer politischer Jahrmakel. Dabei waren unzählige Organisationen, die an Ständen für sich werben, darunter viele Organisationen aus Tunesien und anderen arabischen Ländern. Bei den tunesischen Organisationen waren weite Teile des politischen Spektrums vertreten. Neben Gewerkschaften und linken Gruppen wie der Vereinigung der arbeitslosen Akademiker_innen finden sich auch Gruppen, die man nicht erwartet hätte: Gruppen vornehmlich aus dem religiös-islamistischen Spektrum, die zum Teil direkt mit den Muslimbrüdern verbunden sind. Hunderte Vorträge und Workshops fanden statt,



zu Themen wie Klimawandel, alternative Wirtschaftsmodelle, Migration, Nahost-Konflikt. Dazu gab es auch viele Veranstaltungen zu Themen, die den Aktivist_innen des arabischen Frühlings erkennbar auf den Nägeln brennen, wie die Demokratisierung der Gesellschaft, Religion und Säkularismus und Workshops dazu, wie Blogger_innen und Journalist_innen in Diktaturen sich und ihre Quellen im Internet und in sozialen Netzwerken vor Polizei und Geheimdiensten schützen können.

Das Ganze ist natürlich eine wunderbare Gelegenheit, um Kontakte mit Aktivist_innen aus anderen Teilen der Welt aufzubauen und auf Augenhöhe miteinander zu diskutieren und Informationen auszutauschen. Das ist gerade in meinem Bereich, der Migrationspolitik, unerlässlich. Ohne Kontakte zu Aktiven in Afrika ist es so gut wie unmöglich zu erfahren, was zum Beispiel die EU-Grenzschutzagentur Frontex vor der Küste Westafrikas treibt. Für die afrikanischen Aktivist_innen ist es dagegen so gut wie unmöglich, das europäische Geflecht

aus Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnissen zu durchschauen. Kurz, für alle Beteiligten sind diese Kontakte entscheidend.

Besonders interessant war, wie die Leute in Tunesien heute, zweieinhalb Jahre nach Beginn der Revolution, die Situation im eigenen Land einschätzen. Wie gesagt, waren viele lokale Gruppen vertreten, mit Tunesier_innen ins Gespräch zu kommen war eine Leichtigkeit. Bemerkenswert waren die Antworten. Große und wichtige Fortschritte vermochten fast nur die zu erkennen, die aus dem religiösen Bereich stammten oder aus ohnehin gehobenen Verhältnissen. Viele andere sind erst nach der Revolution aktiv geworden und sehen noch einen langen Weg und viel Arbeit vor sich - manche optimistisch, manche pessimistisch. Einen Satz allerdings bekam man immer wieder zu hören auf die Frage, was denn nun seit Dezember 2010 erreicht worden sei: „Ben Ali ist weg, das ist alles.“

Wasser ist ein Menschenrecht!

In über 60.000 E-Mail protestierten und stellten sich Bürger_innen, Verbände, Stadtverwaltungen, Gemeinderäte, Land- und Bundestagsabgeordnete sowie Ministerien der Privatisierung von Wasser entgegen! Die Bürger_innen Europas kämpften dafür, dass Wasser ein Allgemeingut bleibt!



Anlass zur Sorge ist eine Richtlinie zur Konzessionsvergabe, die aktuell im Europaparlament diskutiert. Die EU-Kommission wird erstmals die Vergabe von Konzessionen durch die Öffentliche Hand regeln. Dafür sei ein einheitlicher Rechtsrahmen nötig, um Korruption zu bekämpfen. Betroffen aber ist auch die Organisation kommunaler Wasserversorgung. Wir als LINKE kämpfen gegen die Privatisierung von Wasser! Denn Wasser ist ein Menschenrecht! Daher haben der Stadtverband DIE LINKE Dresden und ich zu einer gemeinsamen Podiumsdiskussion eingeladen. Neben Thomas Händel (MdEP), André Schollbach (DIE LINKE) waren Vertreter_innen der DREWAG sowie Aktivist_innen vom Arche Nove e.V. zu Gast. Gemeinsam haben wir Alternativen und Handlungsoptionen diskutiert.

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Manuela Kropp: +32 (0)228-47660
Lorenz Krämer: +32 (0)228-37660
Fax: +32 (0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Susanna Karawanskij
Anja Eichhorn
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig im linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de
Büro Chemnitz im Rathaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Europakontaktbüro Bautzen
Seminarstraße 5
02625 Bautzen
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561
Ilona Messer
bautzen@cornelia-ernst.de

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

April 2013

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT


GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Die Eurokrise ist zurück!



Mit dem EU-Beitritt 2004 hoffte Zypern der Lösung der Zypernfrage erheblich näher zu kommen. Die Besetzung Nordzyperns durch die Türkei, die massive Ansiedlung von Familien aus den ärmsten Regionen der Türkei, verschärfte die politische Konfrontation. In der Folge verband sich Zyperns Volkswirtschaft, besonders das Bankensystem, zunehmend mit Griechenland. Deshalb traf die Krise Zypern mit doppelter Wucht. Zum einen als ein Land der Eurozone mit ungeheuer aufgeblähtem Banksektor, dessen Bilanzsumme achtmal höher ist als das Bruttonationalprodukt Zyperns. Die zwei tragenden Wirtschaftssäulen sind Finanzsektor und Tourismus. Beide Branchen gerieten massiv unter Druck. Zudem wirkte sich der Schuldenchnitt in Griechenland Anfang 2012 stark auf Zypern aus. Über Nacht verloren zyprische Banken 5 Milliarden €. Inzwischen braucht Zypern Notkredite in Höhe von 23 Milliarden Euro, davon 10 Milliarden aus dem Europäischen Rettungsschirm (ESM).

Es ist billig, Zypern nun vorzuhalten, es hätte seit Jahren die Gefahren sehen müssen: ein aufgeblähter Bankensektor, die großzügige Kreditvergabe, die Einladung ausländischer Kapitalanleger. Es ist unvergleichlich armseliger, an Zypern ein Exempel zu statuieren, weil es wegen seiner volkswirtschaftlichen Größe nicht als systemrelevant gilt. Auffällig ist, dass noch Ende 2012 die linke Regierung von Präsident Christofias mit der Troika aus EZB, IWF und Europäischer Kommission einen Kompromiss aushandelte, der nicht wie üblich auf massive Einschnitte ins Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen setzte. Christofias hatte sich gewehrt, staatliche Unternehmen und Organisationen wie die Telekom zu privatisieren. Der Kompromiss bat vor allem den Finanzsektor zur Kasse. Auch die ausgleichende Defizitsumme hätte statt jetzt 23 Mrd. € noch 17,5 Mrd. € betragen. Vor allem die Bundesregierung lehnte das ausgehandelte Memorandum ab. Sie spekulierte auf einen politischen Wechsel bei den Wahlen im Januar 2013, weil mit Konservativen ganz andere Bedingungen auszuhandeln seien. Das Kalkül ging auf. Wenige Tage nach der Wahl des neuen Präsidenten Anastasiades präsentierten Wolfgang Schäuble und EZB-Mann Jörg Asmussen die Rechnung für die politische Unterstützung, die der neue Präsident im Wahlkampf erhielt. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde Anastasiades unter Druck gesetzt. Die „Euroretter“ wollten den Rettungsschirm nur für 10 Mrd.€ aufspannen. Gläubiger und Kontoinhaber der

Banken sollten an den Kosten beteiligt werden. Jegliche Zurückhaltung in Bezug auf die Privatisierung staatlicher Betriebe, Renten-, Lohn- und Sozialkürzungen und Stellenabbau im öffentlichen Dienst wurde aufgegeben. Das Ergebnis ist bekannt: Alle Sparer der in Not geratenen Banken sollten zahlen - obwohl in der EU eine Einlagensicherung bis 100 000€ gilt! Die Regierenden schossen einen kapitalen Bock, als sie Kleinsparer heranziehen wollten. Sie zeigten, dass sie bisherige Zusicherungen für die Sparer außer Kraft setzen können und dazu bereit sind! Das Echo war in allen Mitgliedsstaaten so gewaltig, dass die Verhandlungsführer korrigieren mussten. Das Diktat von Rat und EZB wurde vom Parlament Zyperns deutlich abgelehnt.

Aber die Herrschenden in der EU haben klar gezeigt, dass sie auf die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren in Krisenzeiten pfeifen. Takis Hadjigeorgiou, Mitglied der linken Fraktion im EP, sprach es klar aus: Zypern ist nur ein kleines Land und wird als nicht so wichtig betrachtet. Es gibt im Fall Zyperns keine Solidarität. Wenn überhaupt, dann ist es die Solidarität eines Löwen, der im Dschungel auf der Jagd ist. Der Respekt gegenüber den Menschen kam völlig unter die Räder. Die Bundesregierung schreckte wie im Fall Griechenlands nicht davor zurück, gefährliche Vorurteile zu bedienen, um politische Entscheidungen öffentlich vorzubereiten. Nachdem sie über Geldwäsche und illegales Kapital „russischer Oligarchen“ auf Zypern geredet hatte, musste die Regierung im Nachhinein auf Anfrage der Linken kleinlaut zugeben, dass sie keine verlässlichen Informationen darüber habe. Diese Argumentation lenkt ab vom eigentlichen systemischen Problem der intransparenten, internationalen Kapitalströme auf liberalisierten Finanzmärkten und des schädigenden Wettbewerbs um die geringsten Unternehmenssteuern in der EU. Die ungerechte Wohlstandsverteilung innerhalb der EU, zwischen oben, unten, Nord und Süd, und die großen Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, als Ursache der Eurokrise, werden durch nationalistische Argumente ebenfalls versteckt. Gabi Zimmer (MdEP)

+++ Termine im Mai +++

13.-17.5. Study Days der GUE/NGL / Irland (Dublin/Derry)

27.5. Podiumsdiskussion „Vater, Mutter, Kind? - Eine Antwort auf Stanislaw Tillich“ - 17Uhr, Bürgerbüro Dresden.

31.5. Bürgerforum/Diskussion „Kriminalität im grenznahen Raum - welche Antworten hat DIE LINKE?“ (MdL Dr. André Hahn und Dr. Cornelia Ernst laden ein.) 18Uhr, Gasthof Hertigswalde.

Alle Info´s findet ihr unter: www.cornelia-ernst.de